



Stadt: Golßen

☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich ☐ Dringlichkeit

Gremium	Beteiligung	Datum der Sitzung	TOP	Beratungsstatus
Bildungs-, Jugend-, Kultur- u. Sportausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Planungs-, Bau-, Wirtschafts- u. Umweltausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Hauptausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Mahlsdorf	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Zützen	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	<input checked="" type="checkbox"/>			beschließend

Beratungsgegenstand: Abschluss eines Erschließungsvertrages zum Bebauungsplan "Wohnbebauung Am Joachimsteich/Mühlenstraße" in der Stadt Golßen

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Paetsch - BA	38-2021	10.02.2021

A. Beschlussvorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadtverordneten der Stadt Golßen schließen mit dem neuen Vorhabenträger des Bebauungsplangebietes "Wohnbebauung Am Joachimsteich/Mühlenstraße" in der Stadt Golßen den als Anlage beigefügten Durchführungs- und Erschließungsvertrag.

Vorhabenträger: Hinterstoisser & Henkel Grundbesitz GmbH
Lichtenrader Damm 22, 12305 Berlin

Der Durchführungs- und Erschließungsvertrag ist Bestandteil des Beschlusses.

2. Die Stadtverordneten der Stadt Golßen beauftragen die Amtsverwaltung das Vorkaufsrecht gemäß § 24 Baugesetzbuch auszuüben, wenn der Durchführungs- und Erschließungsvertrag nicht bis zum 12.03.2021 vom Vorhabenträger unterzeichnet im Amt Unterspreewald vorliegt.

Begründung der Beschlussvorlage:

Das Vorhaben und Erschließungsplangebiet Wohnbebauung „Am Joachimsteich/Mühlenstraße“ wurde mit Kaufvertrag vom 21.01.2021 veräußert. Aufgrund der Insolvenz des damaligen Vorhabenträgers erfolgte keine Herstellung der Erschließungsanlage für das Vorhaben. Nunmehr beabsichtigt der Vorhabenträger das Planungsgebiet zu entwickeln und erschließen.

Mit Schreiben vom 02.02.2021, Eingang im Amt Unterspreewald am 09.02.2021, wird die Stadt Golßen aufgefordert gemäß § 28 Baugesetzbuch ein Zeugnis über die

Nichtausübung oder das Nichtbestehen des gemeindlichen Vorkaufsrechtes auszustellen. Die Stadt kann gemäß § 24 Baugesetzbuch das Vorkaufsrecht in Bebauungsplangebieten ausüben, soweit es sich um Flächen handelt, für die nach Bebauungsplan eine Nutzung für öffentliche Zwecke oder Flächen für Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt ist. Das Vorkaufsrecht kann nur binnen zwei Monaten nach Mitteilung durch Verwaltungsakt ausgeübt werden. Der Kaufvertrag wurde am 09.02.2021 zugestellt.

Die Verwaltung schlägt vor, zur Wahrung der Interessen der Stadt Golßen, mit dem Vorhabenträger ein Durchführungs- und Erschließungsvertrag abzuschließen.

Hinweis:

Finanzielle Auswirkungen

Ja ☐ Nein ☒

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: _____ im _____ i. H. von _____ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt _____ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : _____ € einmalig
_____ € jährlich
_____ € keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto _____ in Höhe von _____ €
noch verfügbare Mittel _____ €
Vergabevorschlag _____ €

Anlagen

Durchführungs- und Erschließungsvertrag

B.1. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:

Anhörung war erforderlich

☐ Ja ☐ Nein

☐ Stellungnahme liegt anbei

☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

B.2. Stellungnahme Hauptausschuss:

☐ Zustimmung Hauptausschuss

☐ Ablehnung Hauptausschuss

☐ Beschlussvorlage lag dem Hauptausschuss nicht vor

Datum

Unterschrift des zuständigen FA-Leiters:
Schudek - BA

C. Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage oder Ablehnung der Beschlussvorlage

Zustimmungsempfehlung Hauptausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Bildungsausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Bauausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

Sichtvermerk/Datum:

Amtsleiter	Amtsdirektor	Vorsitzende/r der Stadtverordnetenvertretung
------------	--------------	---